

Antwort auf Wahlprüfsteine:

(A) Zukunftsfähige Mobilität

En préambule sei festgestellt, dass wir Ihren Befund bezüglich der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Veränderung des Mobilitätsverhaltens teilen. Diesem Ziel fühlt sich die SPD auch verpflichtet. Zum Erreichen der Ziele der Verkehrswende spricht man häufig von Push- und Pull-Faktoren. Es geht zum einen darum, die Mobilitätsalternativen zum eigenen Auto attraktiver und verlässlicher zu machen und zum anderen darum, die privilegierte Position, in der sich das Auto heute befindet, zu reduzieren.

Bezüglich der Förderung des Umweltverbundes sind unsere Ansagen ganz klar. *Wir wollen die nötige Infrastruktur dafür schaffen, die Taktung von Bussen und Bahnen dauerhaft zu erhöhen. In Großstädten soll der 5-Minuten-Takt die Regel sein, in Verdichtungsräumen der 15-Minuten-Takt und in ländlichen Gegenden mindestens der 1-Stunden-Takt. Außerdem sorgen wir in Dörfern und Kleinstädten zwischen 5 und 24 Uhr für eine Mobilitätsgarantie: Während dieses Zeitraums sollen ÖPNV-Angebote auch in ländlichen Regionen täglich nutzbar sein.* Damit schaffen wir die nötige Verlässlichkeit für die Menschen und machen Schluss mit dem Argument, dass man mit dem ÖPNV entweder gar nicht weiterkommt oder doppelt so lange braucht wie mit dem Auto. Langfristig wird dies den Weg dahin ebnen, den ÖPNV zu einer kommunalen Pflichtaufgabe zu machen, wodurch dann das Land auch in die volle finanzielle Verpflichtung hierfür geht. Dies ist auch ein Schritt in Richtung des Ziels der Angleichung der Lebensverhältnisse.

Darüber hinaus muss die nachhaltige Mobilität auch preislich wesentlich attraktiver werden. Dies bedeutet eine Weiterentwicklung von Verkehrsverbänden wie dem VVS zu Mobilitätsverbänden, die etwa auch Car- und Bikesharing beinhalten. Diese Angebote müssen preislich wesentlich attraktiver werden, als sie heute sind. Jahreskarten von über 1000 Euro dürfen nicht mehr die Norm sein.

Im Landkreis Ludwigsburg ist die Verbesserung der ÖPNV-Situation an eine ganze Reihe von konkreten Verbesserungen auf der Schiene geknüpft und zwar in allen drei Wahlkreisen. Bei der Reaktivierung der Bottwartalbahn bedarf es endlich eines eindeutigen politischen Zeichens, dass alle Beteiligten dahinter stehen. Das System der Stadtbahn Ludwigsburg muss nun umfassend angebunden werden. Hier muss man sich der zukünftigen Potentiale bewusst sein. Es gibt kaum ein Stadtbahnssystem, das nicht nach 15 Jahren seine Erwartungen übertroffen hat. Ludwigsburg kratzt an der Marke von 100.000 Einwohnern, die weiteren beteiligten Kommunen kommen auf zusätzliche 62.000 Einwohner [ohne Kornwestheim]. Das politische Momentum und die hohen Bundeszuschüsse dürfen nun nicht verspielt werden. Zuletzt muss endlich die S 5 über Bietigheim hinaus verlängert werden. Die Machbarkeitsstudie der Gemeinden Sersheim und Sachsenheim hat einen Wert von über 4 für die standardisierte Bewertung gezeigt, dass eine solche Maßnahme dem Verkehrsministerium keine 18 Mio. Euro wert ist und man blind am „Metropolexpress“ festhält, ist nicht nachvollziehbar.

Bezüglich der Rolle des Autos hat schon Manfred Rommel 1991 eine Nahverkehrsabgabe für Stuttgart gefordert. Dieses Instrument würde die Einfahrt in die Stadt nur mit einer gültigen Fahrkarte für den Nahverkehr ermöglichen. Auf diese Art und Weise erhalten die hohen Lasten, die der Autoverkehr in den Innenstädten verursacht, endlich ein angemessenes Preisschild. Außerdem müssen die Möglichkeiten für Kommunen erweitert werden, die Höchstgeschwindigkeit auf kommunalen Straßen zum Schutz der Einwohner zu reduzieren.

(B) Artenvielfalt in der Agrarlandschaft

Die Artenvielfalt liegt uns allen sehr am Herzen. Als drei junge Kandidaten repräsentieren wir die erste Generation, die dem Artensterben bewusst beiwohnt, aber auch sieht, dass Erfolge dagegen möglich sind. Wir müssen hier entschlossen weiter handeln. Dabei rücken die ländlichen Flächen in den Fokus, aber wir dürfen auch nicht übersehen, dass städtische Strukturen erst viele Arten vertrieben haben. Die bewusste ökologische Nutzung von Freiflächen oder eine neue Herangehensweise sollten Schritte sein, die wir auch in städtischer Umgebung im Sinne des Artenschutzes angehen können.

Bevor wir neue gesetzliche und regulatorische Schritte unternehmen, müssen die bereits bestehenden Regelungen durchgesetzt werden. Dies bedeutet auch, dass die entsprechenden Behörden ausreichend mit Personal ausgestattet sind. Weitere Schritte betreffen dann beispielhaft Refugialflächen. Wir wollen Landesfördermittel davon abhängig machen, dass mindestens 6,5 % Refugialflächen pro Betrieb vorgehalten werden.

Zuletzt muss sich Baden-Württemberg über den politischen Bereich der Landespolitik hinaus dafür einsetzen, dass ökologische Landwirtschaft weniger Wettbewerbsnachteile hat. Dies bedeutet eine stärkere Bindung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik an ökologische Kriterien und das Ende einer Politik, die große Agrarbetriebe systematisch vor kleinen Höfen bevorteilt. In einem noch größeren Rahmen muss die Konsequenz gezogen werden, dass die EU innerhalb des Rechtsrahmens der WTO Einfuhrhürden für Produkte einführt, die nicht den notwendigen Umweltstandards genügen.

(C) Nachhaltiges Bauen und Wohnen

Unbesehen der Problematik der fortschreitenden Flächenversiegelung sehen wir die Netto-Null im Flächenverbrauch für den Landkreis Ludwigsburg als kein realistisches Ziel an. Die Region ist von herausragender Wirtschaftsstärke und wird auch in Zukunft viele Menschen anziehen. Viele unserer heutigen Mitbürger und Nachbarn wohnten vor zehn Jahren noch in Sachsen-Anhalt, Athen oder Damaskus. Dieser Realität müssen wir uns stellen. Und auch wenn mit Instrumenten wie der Mietpreislöscher der Spekulation um Wohnraum ein Ende gesetzt werden soll, wird der Preis doch im Grundsatz durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Und bei steigender Nachfrage muss das Angebot mithalten, sollen die Mietpreise nicht noch weiter steigen.

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs und die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum bleiben dabei jedoch unser Anliegen. Hierzu bedarf es einer stärkeren Fokussierung auf den Geschosswohnungsbau. Unser vorrangiges Instrument, um die Kommunen dabei stärker zu unterstützen, wird eine Landeswohnbaugesellschaft sein. Sie kann dort als Projektentwickler einsteigen, wo die Städte selbst keine kommunalen Gesellschaften unterhalten und sich andernfalls an private Entwickler wenden müssten. Um Kommunen mehr Einflussmöglichkeiten zu schaffen, wollen wir sie außerdem durch einen Landesfonds beim Erwerb der Grundstücke unterstützen. Wir erachten auch den Ulmer Weg, bei dem es nur der Kommune erlaubt ist, Bauland zu erwerben, als eine mögliche Perspektive für die Zukunft. Dass wir dabei Innen- vor Außenentwicklung priorisieren, ist selbstverständlich. Wir möchten außerdem Wohnen nachhaltiger machen, ein aus unserer Sicht völlig logischer Schritt ist darum keine Pflicht für Photovoltaikanlagen beim Neubau von Wohnungsimmobilen, da diese sich bereits nach wenigen Jahren amortisieren.

Wollen wir in den kommenden Jahrzehnten komplette Klimaneutralität erreichen, dürfen wir nicht nur über Neubauten sprechen, auch der Bestand muss hierzu saniert werden. Soll sich dies nicht in noch weiter steigenden Mieten niederschlagen (siehe letzter Absatz), ist hier eine noch stärkere staatliche Planung und Finanzierung notwendig. Wir streben darum eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis spätestens 2038 an. Zudem wirken wir drauf hin, Bürgervereinigungen wie z.B. Energiegenossenschaften zu stärken und die bürokratischen Hürden für bürgerschaftliches

Engagement in diesem Bereich zu reduzieren. Kommunale Energieagenturen sind intensiver zu fördern.

Zudem wollen wir, um bereits versiegelte Flächen effektiver zu nutzen und das gesamte Potential des bestehenden Wohnraums zu heben, den Leerstand in unseren Städten und Gemeinden bekämpfen. Hierzu investieren wir unter anderem mehr in bedarfsgerechtes Wohnen und planen, über die Einführung einer Grundsteuer C, Leerstand über einen längeren Zeitraum unattraktiver zu machen.

Gute Stadtentwicklung, welche die Themen Klimaneutralität, Ökologie, Bedarf, Verkehrswege, Lebensqualität und Bezahlbarkeit einschließt, kann nur durch gut finanzierte und personell ausgestattete Kommunen funktionieren. Deshalb wollen wir unsere Städte und Gemeinden intensiv unterstützen.